

Beschluss des Landrats vom 16.10.2025

Nr. 1333

22. TFA-Belastung im Grund- und Trinkwasser durch industrielle Abwässer – Konsequenzen und Massnahmen

2025/77; Protokoll: ps

Stephan Ackermann (Grüne) wünscht die Diskussion.

::: Der Diskussion wird stattgegeben.

Stephan Ackermann (Grüne) führt aus, es sei viel Wasser die Ergolz heruntergeflossen, seit die Interpellation beantwortet worden sei. Die Antwort zeigt, dass sich der Regierungsrat der Problematik der Belastung des Grund- und Trinkwassers bewusst ist. Allerdings vermisst der Redner eine klare Kante gegenüber dem Hauptverursacher. Die bisherigen Massnahmen sind offensichtlich unzureichend, was auch der Regierungsrat so sieht. Es braucht nun deutlich mehr Druck – und der Redner ist gespannt, ob der Regierungsrat diesen erhöht hat. Der Redner fordert, dass die Firma Bachem verbindliche und messbare Reduktionsziele für ihre Trifluoressigsäure (TFA)-Emissionen erhält, mit klaren Sanktionen bei Nichteinhaltung. Es kann nicht sein, dass ein einziges Unternehmen die Umwelt dermassen belastet und der Regierungsrat zahnlos zuschaut. Zweitens fordert der Redner, dass Bachem für sämtliche Kosten aufkommt, die durch die Beseitigung der Umweltschäden entstehen, zudem sollen eine langfristige Überwachung sowie Sanierungsmaßnahmen ermöglicht werden. Dazu braucht es einen Fonds, der von Bachem gespeist wird – um zu garantieren, dass die Sanierungen und Überwachungen auch in Zukunft gemacht werden können, auch wenn Bachem ihren Sitz nicht mehr im Baselbiet haben sollte oder sogar gar nicht mehr existiert. Der Redner geht davon aus, dass das eine oder andere Landratsmitglied die Interpellationsantworten aufmerksam gelesen hat. Der Regierungsrat respektive das AUE machen ihre Feststellungen – und es wäre interessant zu wissen, was seit damals geschehen ist. Bei der Frage 7 auf Seite 8 heisst es: «*Die Messungen des AUE haben aber bisher gezeigt, dass diese Sofortmassnahme nicht den erwarteten Effekt gebracht hat. Es gilt umgehend weitere Abwasserströme zu identifizieren und die notwendigen betrieblichen Vorkehrungen zur separaten Erfassung und externen Entsorgung umzusetzen.*» Deshalb die Frage: Welche TFA-Konzentration und Frachtsummen sind in den letzten vier Monaten noch in die ARA-Frenke 3 geflossen – und wie unterscheidet sich der Stand von vor vier Monaten? Dann heisst es zur Frage 7, Seiten 8 und 9: «*(...) der Eintrag von TFA in die Umwelt durch die Bachem AG ist für den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft nicht akzeptabel. (...) Die Reduktion, welche durch die Sofortmassnahmen erreicht werden konnte, ist bei weitem nicht ausreichend.*» Wie sieht es heute aus, sind die zusätzlich ergriffenen Massnahmen ausreichend?

Im Kapitel «Betriebliche Abwässer» auf Seite 7 steht: «*Verbindungen wie z. B. TFA dürfen nicht via ARA in die Umwelt gelangen. (...) In diesem Sinne erwartet der Regierungsrat auch, dass seitens der Bachem AG rasch zielführende Massnahmen zur massiven Reduktion (...) umgesetzt werden.*» Was versteht der Regierungsrat unter «rasch» beziehungsweise: Wie ist heute, vier Monate nach der Beantwortung der Interpellation, der Stand der Dinge?

Dann noch zu Seite 6, wo es heisst: Es «*muss erreicht werden, dass die TFA-Konzentrationen im Trinkwasser des unteren Ergolztals auf einem Niveau wie in der übrigen Schweiz liegen. Der Regierungsrat erwartet deshalb von der Bachem AG, dass die dazu notwendigen Massnahmen umgehend eingeleitet werden.*» Der Redner erwartet vom Regierungsrat eine Antwort, wie die nötigen Massnahmen aussehen. Zuletzt heisst es auf Seite 9: «*Mittelfristig muss (...) erreicht werden, dass die TFA-Konzentrationen im Grund- und Trinkwasser (...) ein Niveau erreichen wie in der*

übrigen Schweiz. Die lokale Beeinträchtigung (...) ist (...) nicht akzeptabel.» Was wurde getan und wie sieht es heute aus?

Peter Riebli (SVP) stellt als Chemiker und ehemaliger Werkleiter einer «Chemiebude» fest, dass die Diskussion über PFAS mit gewisser Unkenntnis, ideologischer Einfärbung und oft mit Pauschalisierungen und nicht abgeklärten, unwissenschaftlichen Behauptungen geführt wird. Er stellt jedoch mit Zufriedenheit fest, dass die Antwort des Regierungsrats sich sehr darum bemüht, die Dinge sachlich und dem heutigen Stand der Wissenschaft entsprechend darzustellen. Die manchmal populistischen Äusserungen zum Thema schüren Ängste in der Bevölkerung, aber ohne ihr aufzuzeigen, worauf verzichtet werden müsste, wenn alles, was mit PFAS angeschrieben ist, verboten würde. Trifluoracetat (TFA) ist eine Einzelsubstanz innerhalb der PFAS-Verbindungen, die kürzeste polyflorierte Karbonsäure, die es gibt; sie unterscheidet sich jedoch signifikant von der längerkettigen und einigermassen problematischen Substanzen mit Langzeitwirkungen. Es gibt dann so interessante Artikel in den Zeitungen, die sagen, Achtung, hier steckt Gift drin. Wenn etwas persistent ist, heisst das noch lange nicht, dass es giftig ist. Gerade die Trifluoressigsäure ist in der akuten Toxikologie völlig unbedenklich. Es gibt inzwischen neue Untersuchungen, die aufzeigen, dass bei einer längeren toxikologischen Belastung mit Trifluoressigsäure eventuell gewisse Leberschäden auftreten könnten. Das muss weiter untersucht werden. Aber die Trifluoressigsäure ist so hochpolar, dass sie in der kürzesten Zeit beim Menschen ausgeschieden wird. Er kann gar nicht über eine längere Zeit mit TFA kontaminiert sein. Dies gilt es zu berücksichtigen. Die Substanz ist hoch wasserlöslich, das ist richtig, und sie ist persistent – sowie ein Abbauprodukt von unzähligen Produkten, die die Menschen brauchen und die von der linken Seite ständig empfohlen werden: etwa Windturbinen oder Wärmetauscher etc. Besonders relevant für den Kanton ist: Trifluoressigsäure ist bis jetzt ein unersetzbares Mittel bei der Herstellung in der Peptid-Chemie. Mit einem Verbot würden gewisse Firmen im Kanton und in der Schweiz schliessen müssen. In der Antwort auf die Interpellation des Redners (2025/207) hat der Regierungsrat das klipp und klar festgestellt. Wer jetzt also per Definition alles verbieten will, was persistent ist, muss auch die Folgen abschätzen, etwa für Medikamente. Der Redner hofft, dass einige wissen, dass man die Peptidchemie für solche Sachen einsetzt – für die Medizintechnik im Allgemeinen und für Schlüsselprozesse in der Energietechnik. PV-Anlagen und Wärmepumpen enthalten zwar keine Trifluoressigsäure, aber die Kältemittel bauen sich alle zusammen über die Zeit zu Trifluoressigsäure ab. Wenn es dafür nun einen Schwellenwert geben soll wie bei PFAS, dann wird man bei sämtlichen anderen PFAS die Schwellenwerte überschreiten. Es muss seriös und wissenschaftlich angeschaut werden, was die Substanzen bewirken. Das Anliegen des Redners ist, vom Alarmismus, den Schlagworten, dem Populismus und von diesen Parolen wieder zur Wissenschaft und zur Vernunft zu wechseln. Das Problem soll wissenschaftlich angegangen werden. Der Regierungsrat sagt selber, man habe innerhalb der Schweiz keine Fachkräfte, die die Toxikologie dieser Produkte im Moment bis ins Detail beurteilen können. Man ist darauf angewiesen, wie sich die Wissenschaft diesbezüglich weiterentwickelt. Man weiss jedoch von einigen wenigen Stoffen, dass sie toxikologisch bedenklich sind, und die Chemie versucht bereits lange, sie zu ersetzen. Andere Stoffe sind toxikologisch unbedenklich – so die Teflonpfannen, die weiterhin gebraucht werden können. Es soll nicht alles in den gleichen Topf geworfen werden. Es geht darum, die Verhältnismässigkeit zu wahren und risikobasierte, umsetzbare Massnahmen zu ergreifen, Zeit zu schaffen, um solche Produkte auch ersetzen zu können – und es geht nicht darum, unbegründete Ängste bei der Bevölkerung zu schüren, indem man das Thema einfach von Interpellation zu Interpellation weiter bewirtschaftet.

Stephan Ackermann (Grüne) fühlt sich geehrt, von Peter Riebli als Populist bezeichnet zu werden. Ansonsten möchte er das Votum nicht weiter kommentieren. Er hat Fragen gestellt. Er hat durch die Interpellation eine Antwort erhalten und nur die Feststellungen zitiert, ohne bezüglich

PFAS oder TFA etwas hochspielen zu wollen. Es interessiert den Redner, was in den letzten Monaten geschehen ist. Es geht ihm nicht darum, grosse Wellen zu werfen, sondern dem Regierungsrat die Möglichkeit zu bieten, zu sagen, dass er sich nicht auf der Nase herumtanzen lasse. Diese Gelegenheit soll der Regierungsrat nutzen und zeigen, dass er dafür sorgt, dass es keine langfristigen Schäden gibt. Gemäss Peter Riebli gibt es keine langfristigen Schäden, da müsse man sich keine Sorgen machen. Aber gewisse Leute machen sich Sorgen. Der Redner kommt aus einer belasteten Gemeinde, nämlich Pratteln, mit einer Firma wie der Rohner AG; die die nähere Umgebung verseucht hat und zugrunde ging. Geradestehen muss nun der Staat. Vorher Geld absahnen und den Gewinn maximieren mag ja schön sein, aber dann den Dreck im Boden lassen: Das ist ein Problem. Dies hat der Regierungsrat erkannt und eine Antwort geliefert, wonach er mit der Situation nicht zufrieden ist.

Andreas Bammatter (SP) kommt aus Allschwil. Es ist nicht unüblich, dass Standortleiter sich erklären. Sie sind verantwortlich für gewisse Firmenbereiche und für das Know-how. Das ist richtig und wichtig. Genau so wichtig und richtig ist es jedoch, dass man zwischendurch nachfragt. Denn was vor 50 oder 100 Jahren gegolten hat, als im Elsass Sachen vergraben wurden, ist vielleicht heute nicht mehr so. Das heisst aber nicht, dass die Sachen einfach weg sind, wenn man sie vergräbt. Diese kommen vielleicht wieder zum Vorschein. Es geht nicht darum, Ängste zu schüren, sondern darum, achtsam zu sein. Wenn ein ehemaliger Werkleiter sagt, es gehe um Angstmachelei, dann ist das für den Redner ein Zeichen, dass man richtig nachgefragt hat und weiss, worum es geht. Es ist auch richtig, obwohl wahrscheinlich 90 oder sogar 95 % nicht alles verstanden haben, was in den Fachausschriften von Peter Riebli steckt. Aber gewisse Leute verstehen dies. Allschwil hat mehrere Jahre mit Martin Forter zusammengearbeitet, der für gewisse Firmen auch ein rotes Tuch ist. Dieser schaut hin und findet manchmal etwas. Damit hat auch Basel-Stadt zu kämpfen. Wenn nun Pratteln auch sagt, es solle hingeschaut werden, erscheint dies richtig und in einer angemessenen Flughöhe. Die Achtsamkeit soll mitgenommen werden, und der Redner hofft, der Regierungsrat tue das auch.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) hofft, mit diesem Votum dazu beizutragen, dass beide Seiten ein Stück weit zufriedengestellt werden, denn es gibt eigentlich gute Nachrichten. Es wurde gefragt, was passiert sei, seit der Vorstoss beantwortet wurde. Das ist eine Weile her. Es ist korrekt – und das hat wahrscheinlich auch die halbe Schweiz gesehen –, dass es tatsächlich hohe Werte gab. Die Quelle wurde ausfindig gemacht. Man sprach bei der Firma vor und sagte, es müssten die notwendigen und möglichen Massnahmen ergriffen werden. Das wird immer so getan. Der Redner bittet, nicht von «zahnlos» zu sprechen. Die aktuellen Messwerte zeigen, dass dies offensichtlich nicht so ist. Alle Massnahmen, die man und verlangen darf, kann und muss, wurden verlangt. Dies wird immer gemeinsam mit der Firma getan. Das ist erstens der beste und zweitens meist der schnellste und letztlich der richtige Weg. Die Zusammenarbeit war gut und sie schlägt sich seit dem Frühling auch in ganz massiv reduzierten Messwerten nieder. Die Ausflussmessungen bei der ARA zeigen eine massive Reduktion. Die Werte sind massiv tiefer. Es gibt auch Messungen im entsprechenden Einzugsgebiet im Grundwasser, bei den Trinkwasserquellen. Auch dort wurden deutlich bis stark reduzierte Werte festgestellt. Mit anderen Worten: Was man von einer Unternehmung betrieblich und organisatorisch verlangen kann, wurde getan – und dies hat dazu geführt, dass die Werte massiv zurückgingen und sich normalisiert haben. Nun bräuchte es noch zusätzliche Massnahmen auf einer längerfristigen Zeitachse, weil die entsprechenden Verfahren – und das gilt nicht nur für die betreffende Firma – noch in Entwicklung sind. Es gibt keine marktretiften Verfahren, die eine weitergehende Reduktion ermöglichen würden. Was einverlangt werden konnte, wurde einverlangt und umgesetzt. Die Werte sind drastisch reduziert. Der Regierungsrat hat getan, was von ihm erwartet wurde. Das will er auch. Wenn es ein Problem gibt, werden die notwendigen und möglichen Massnahmen eingefordert – und es wird dafür gesorgt, dass diese

umgesetzt werden. Zahnlos ist der Regierungsrat nicht. Es war richtig und notwendig, dass gehandelt wurde. Es kann mit Zahlen und Messwerten dokumentiert werden, was der Redner erfreulicherweise sagen kann.

://: Die Interpellation ist erledigt.
